

Flickschusterei behebt nicht die Mängel

Der Beitrag „Die Spätfolgen des Wahlgeschenkes von Dieter A.“ vom 8. Oktober beschäftigte sich mit den Anschlussgebühren von Abwasser und Wasser:

Wenn der Thüringer Verfassungsgerichtshof am 5. Dezember sein Urteil zur Klage einiger Zweckverbände und Gemeinden verkündet, wird sich an der grundsätzlichen Problematik nichts ändern.

Das Problem ist das (Thüringer) Kommunalabgabengesetz (KAG) und seine Handhabung. Es ist ungerecht, weil es den Gleichheitsgrundsatz verletzt und es ist schlecht gefasst, teils kleinlich, teils beliebig. Es gilt für Straßen- und Abwasserbeiträge gleichermaßen. Ein Teil der Bürger wird herangezogen, andere nicht. Einige Bürger der Kommune zahlen für Kanäle und Kläranlagen in denen die Abwässer aller transportiert und geklärt werden. Und die gleichen Bürger zahlen für Straßen, auf denen alle Bürger der Kommune flanieren oder fahren.

Wir sind für eine maßvolle Anschlussgebühr für die Grundstücke, gestuft nach Entfernung, vergleichbar der Elektro-, Gas- oder Telefonleitungen. Wir sind gegen die Bemessung nach Grundstücksgröße und Geschosshöhe – ein lächerliches Relikt aus Bismarcks Zeiten. Und wir sind für die Heranziehung aller Bürger, analog der Abfallentsorgung.

Wir meinen, ein angeschlossenes Grundstück ist genau und nur um den Preis der investierten und anteiligen Sachen wertvoller geworden. Der

zweifelloso vorhandene Gebrauchswert einer Wasser- oder Abwasseranlage darf nicht der Bemessung zugrunde gelegt werden.

Es gibt aber noch eine Sicht, das ist die Behandlung der Angelegenheit durch die Landesregierung. Wenn ab 1990 auch das KAG aus der bundesdeutschen Wirklichkeit nach Thüringen übernommen wurde, dann ist das eine lässliche Sache. Es gab Wichtigeres zu tun. Kritischer ist aber die Zerschlagung der bestehenden Strukturen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und der Gründung von Zweckverbänden zu beurteilen. Seit sich Anfang der 90er Jahre erster Bürgerunmut über die Beiträge äußerte, reagierte die Landesregierung, wenn überhaupt, fahrig. Beschwichtigungen, die Bestellung einer „Thüringer Wasser- und Abwasser-Management GmbH“, schließlich die Wahlgeschenke von 2004. Aber der Weg über Flickschusterei wie Deckelung oder Stichtagsregelungen behebt nicht die grundsätzlichen Mängel des unsäglichem KAG, der Protest bleibt. Am 11. September demonstrierten etwa 1000 Bürger vor dem Landtag. Herr Kuschel von den Linken strahlte. Wenn eine Regierung das Wahlvolk so verprellt und dem politischen Gegner in die Arme treibt, handelt sie nicht klug, es ist einfach dumm. Günter Frank,

Artur Grünewald,
Rolf Schildknecht,
Bürgerinitiative für
sozialverträgliche
Kommunalabgaben
Eisfeld